Landtag Nordrhein-Westfalen

17. Wahlperiode



Ausschussprotokoll APr 17/1781

31.03.2022

Innenausschuss

101. Sitzung (öffentlich)

31. März 2022

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:32 Uhr bis 14:47 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz zur Erleichterung des Zugangs zu amtlichen Informationen in Nordrhein-Westfalen

9

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/8722 (Neudruck)

Ausschussprotokoll 17/1132 (Anhörung am 24.09.2020)

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/16897

- abschließende Beratung und Abstimmung
 - Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Gesetzentwurf abzulehnen.

31.03.2022

2 Mehr Transparenz bei politischen Entscheidungsprozessen – Einführung eines verbindlichen Lobbyregisters und des legislativen Fußabdrucks

10

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/10838

Ausschussprotokoll 17/1312 (Anhörung am 25.02.2021)

- abschließende Beratung und Abstimmung
 - Wortbeiträge

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion, den Gesetzentwurf abzulehnen.

3 Angsträume beseitigen, Sicherheit erhöhen – die Verkehrswende braucht attraktive Bahnhöfe und Haltepunkte!

11

Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/15462

in Verbindung mit:

Initiative zur Stärkung der Sicherheit in öffentlichen Räumen im Rahmen der kommunalen Kriminalprävention

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/15631

Ausschussprotokoll 17/1719 (Anhörung am 03.02.2022)

- abschließende Beratung und Abstimmungen
 - Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und AfD bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

31.03.2022

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

4 Verteilung der Polizeivollzugskräfte in Nordrhein-Westfalen (Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 1])

13

Bericht der Landesregierung Vorlage 17/6688

keine Wortbeiträge

5 Straftaten wegen des Krieges in der Ukraine (Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 1])

14

Bericht der Landesregierung Vorlage 17/6691

- Wortbeiträge

18-jährige Ukrainerin auf Schiff für Geflüchtete vergewaltigt (Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 2])

15

17

Bericht der Landesregierung Vorlage 17/6693 Vertrauliche Vorlage 17/217

- mündlicher Bericht der Landesregierung

Razzia in NRW gegen Drogenbande (Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 3])

Bericht der Landesregierung Vorlage 17/6674 Vertrauliche Vorlage 17/216

Wortbeiträge

31.03.2022

8 Innenminister verbietet radikale Hisbollah-Moschee (Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 4])

18

Bericht der Landesregierung Vorlage 17/6667

- Wortbeiträge

9 Gesetz zur Anpassung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen und anderer Gesetze an das Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetz

19

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/16517

Schriftliche Anhörung des Innenausschusses Stellungnahme 17/4970 Stellungnahme 17/4971 Stellungnahme 17/4973 Stellungnahme 17/4973

- abschließende Beratung und Abstimmung

Wortbeiträge

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion, den Gesetzentwurf anzunehmen.

10 Russischer Militärgeheimdienst plant Sabotage in Deutschland (Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 5])
21

Bericht der Landesregierung Vorlage 17/6669

keine Wortbeiträge

Innenausschuss
101. Sitzung (öffentlich)

31.03.2022

11 Schutz ukrainischer Flüchtlinge vor Missbrauch und Menschenhandel (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6])

22

Bericht der Landesregierung Vorlage 17/6697

- Wortbeiträge

12 Sachstand bei der Arbeit der "Koordinierungsgruppe Ukraine" des Innenministeriums (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6])

e 6])

Bericht der Landesregierung Vorlage 17/6702

- keine Wortbeiträge

13 Aktivitäten der Rockergruppe "Nachtwölfe" in NRW (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6])

24

23

Bericht der Landesregierung Vorlage 17/6692

- Wortbeiträge

14 Verbreitung eines Fake-Videos über einen angeblichen Mord an einem Jugendlichen (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6])

25

Bericht der Landesregierung Vorlage 17/6714

keine Wortbeiträge

15 Terrorverdacht gegen einen 34-jährigen Mann aus Essen (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6])

26

Bericht der Landesregierung Vorlage 17/6668

- Wortbeiträge

31.03.2022

16 Mutmaßlicher Giftanschlag auf das britische Konsulat in Düsseldorf (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6])

27

Bericht der Landesregierung Vorlage 17/6695

- Wortbeiträge

17 Personalsituation beim Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD) (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6])

28

Bericht der Landesregierung Vorlage 17/6670

- Wortbeiträge

18 Entwicklung der Personalstärke in der Direktion K (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6])

30

Bericht der Landesregierung Vorlage 17/6703

Wortbeiträge

19 Einbindung der Hilfsorganisationen durch die Landesregierung bei der Aufnahme von ukrainischen Flüchtlingen (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 7])

31

Bericht der Landesregierung Vorlage 17/6699

Wortbeiträge

20 Angekündigte Stärkung der Kriminalpolizei NRW (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 7])

32

Bericht der Landesregierung Vorlage 17/6696

keine Wortbeiträge

31.03.2022

21 Aktuelle Entwicklungen im Corona-Protest-Spektrum (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 7])

33

Bericht der Landesregierung Vorlage /6690

- Wortbeiträge

22 Salafismus in Nordrhein-Westfalen (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 7])

34

Bericht der Landesregierung Vorlage 17/6689

- Wortbeiträge

23 Fortsetzung der Aktivitäten der verbotenen Reichsbürgervereinigung "Geeinte deutsche Völker und Stämme" in NRW? (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 7])

35

Bericht der Landesregierung Vorlage 17/6675

- Wortbeiträge

24 Versuch von "Der III. Weg", eine Immobilie in Hilchenbach zu kaufen (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 7])

36

Bericht der Landesregierung Vorlage 17/6676

Wortbeiträge

* * *

31.03.2022

1 Gesetz zur Erleichterung des Zugangs zu amtlichen Informationen in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/8722 (Neudruck)

Ausschussprotokoll 17/1132 (Anhörung am 24.09.2020)

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/16897

- abschließende Beratung und Abstimmung

(Der Gesetzentwurf wurde nach der ersten Lesung am 12.03.2020 an den Innenausschuss – federführend –, an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen, an den Rechtsausschuss sowie an den Ausschuss für Digitalisierung und Innovation überwiesen.)

Berivan Aymaz (GRÜNE) erläutert, ihre Fraktion habe die berechtigten Kritikpunkte der Sachverständigen im Änderungsantrag aufgenommen.

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Gesetzentwurf abzulehnen.

31.03.2022

2 Mehr Transparenz bei politischen Entscheidungsprozessen – Einführung eines verbindlichen Lobbyregisters und des legislativen Fußabdrucks

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/10838

Ausschussprotokoll 17/1312 (Anhörung am 25.02.2021)

- abschließende Beratung und Abstimmung

(Der Antrag wurde nach Beratung am 16.09.2020 einstimmig an den Innenausschuss überwiesen; die abschließende Beratung und Abstimmung sollen dort in öffentlicher Sitzung erfolgen.)

Berivan Aymaz (GRÜNE) betont, es gehe ihrer Fraktion nicht darum, alle Vorgänge in der Landesregierung, sondern den Ausgangspunkt für den ersten Impuls offenzulegen.

Dr. Christos Georg Katzidis (CDU) greift die Bedenken der Sachverständigen auf, signalisiert aber grundsätzliche Offenheit für die nächste Legislaturperiode.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion, den Gesetzentwurf abzulehnen.

31.03.2022

3 Angsträume beseitigen, Sicherheit erhöhen – die Verkehrswende braucht attraktive Bahnhöfe und Haltepunkte!

Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/15462

(Der Antrag wurde nach Beratung am 03.11.2021 einstimmig an den Innenausschuss – federführend –, an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales, an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen sowie an den Verkehrsausschuss überwiesen; die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.)

in Verbindung mit:

Initiative zur Stärkung der Sicherheit in öffentlichen Räumen im Rahmen der kommunalen Kriminalprävention

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/15631

Ausschussprotokoll 17/1719 (Anhörung am 03.02.2022)

abschließende Beratung und Abstimmungen

(Der Antrag wurde nach Beratung am 26.11.2021 einstimmig an den Innenausschuss – federführend –, an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen überwiesen; die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.)

Hartmut Ganzke (SPD) verweist auf die Zustimmung der Sachverständigen. Die Landesregierung möge sich in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn und den Kommunen noch mehr für die Einrichtung von Waffenverbotszonen einsetzen.

Berivan Aymaz (GRÜNE) gibt zu bedenken, für die Kriminalitätsbekämpfung müsse man einen breiteren stadtplanerischen Ansatz zugrunde legen. Waffenverbotszonen müssten zudem auch kontrollierbar und letztlich durchsetzbar sein, um die Menschen nicht in falscher Sicherheit zu wiegen.

Dr. Christos Georg Katzidis (CDU) wendet ein, die Landesregierung tue das ihr rechtlich Mögliche und fördere darüber hinaus die Vernetzung, die Zusammenarbeit

31.03.2022

und runde Tische. SPD und Grüne sollten ihre Anträge im Bundestag einbringen, weil dem Bund die Zuständigkeit für die Bundespolizei obliege.

Marc Lürbke (FDP) stellt fest, alle Fraktionen wollten die Sicherheit im ÖPNV und an Bahnhöfen steigern. Als Teil der Großen Koalition habe die SPD im Bund aber das Ausbluten des Personals an den Bahnhöfen zugelassen. Viele Wachen der Bundespolizei zumal im ländlichen Raum seien kaum oder gar nicht besetzt. Mehr Videokameras alleine böten keine Abhilfe, sondern es brauche auch entsprechendes Personal. Gemeinsame Wachen sollten in der Tat stärker forciert werden. Schwarz-Gelb stärke der Landespolizei allerdings bereits in eindrucksvoller Weise den Rücken und rüste sie materiell und personell so aus, um in Zusammenarbeit mit der Bundespolizei und der Deutschen Bahn ihre Aufgabe zu erfüllen.

Markus Wagner (AfD) meint, die Waffenverbotszone könnte auch dazu führen, dass sich Menschen nicht mehr selbst verteidigen könnten, sodass sie sehr konsequent durchgesetzt werden müsste. Seine Fraktion begrüße die Forderung nach Bahnhofsaufsichten und stimme zu, dass Vandalismus und Verschmutzung Nachfolgetaten nach sich zögen. Auch das Vertrauensverhältnis zwischen Besuchern und Personal sei wichtig. Die Grünen aber hielten die Angst der Bürger vor Kriminalität auf öffentlichen Plätzen für unbegründet. Auch würden nicht nur bestimmte Gruppen von Gewalt betroffen, denn junge Männer seien nicht nur überdurchschnittlich häufig Täter, sondern ebenfalls Opfer. Auch kenne er keine offen rechtsextreme Szene auf öffentlichen Plätzen.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und AfD bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

31.03.2022

Verteilung der Polizeivollzugskräfte in Nordrhein-Westfalen (Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 1])

Bericht der Landesregierung Vorlage 17/6688

- keine Wortbeiträge

31.03.2022

5 Straftaten wegen des Krieges in der Ukraine (Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 1])

Bericht der Landesregierung Vorlage 17/6691

Sven Wolf (SPD) möchte wissen, inwiefern das "Z" als Symbol verwendet werde.

Minister Herbert Reul (IM) teilt mit, er habe alle Behörden darum gebeten, gegen die Verwendung dieses Zeichens einzuschreiten, wenn er den juristischen Hintergrund auch nicht genau kenne.

31.03.2022

18-jährige Ukrainerin auf Schiff für Geflüchtete vergewaltigt (Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 2])

Bericht der Landesregierung Vorlage 17/6693 Vertrauliche Vorlage 17/217

Minister Herbert Reul (IM) berichtet:

Dass sich viele Bürger engagieren, ist großartig. Es gibt zahlreiche Kontaktmöglichkeiten auch über das Internet: verschiedene Portale, öffentliche kommunale Chatgruppen, öffentliche Facebook-Gruppen, Portale von NGOs und von privaten Betreibern. All das ist prima, weil jeder Zugriff darauf hat und Menschen, die Hilfe brauchen, und Menschen, die Hilfe anbieten, auf unkomplizierte Weise zusammenkommen können.

Unter den Menschen, die Hilfe anbieten, gibt es aber leider auch schwarze Schafe, die diese Notlage ausnutzen wollen. Das ärgert mich und macht mich fassungslos; das ist widerlich. Politik, Gesellschaft und Polizei müssen die Menschen schützen, die schon genug Leid erfahren haben. Deshalb versuchen wir, den Geflüchteten so weit wie möglich den Schutz zu bieten, den wir organisieren können.

Wenn wir zum Beispiel Hinweise bekommen, dass sich Personen in verdächtiger Weise an Hilfesuchende wenden, schreiten wir sofort ein. Das tun wir übrigens nicht nur in der echten Welt wie in Unterbringungseinrichtungen, sondern auch in der digitalen Welt. Es gibt zum Beispiel Hinweise auf verdächtige Angebote in den Portalen, wenn etwa ein alleinstehender Mann Kinderbetten in seiner Wohnung anbietet usw. In diesen Fällen werden wir direkt aktiv und schreiten ein. Wir haben auch schon entsprechende Portale entdeckt, auf denen so etwas stattfindet. Das haben wir im Blick, uns mit den Betreibern in Verbindung gesetzt, lassen User sperren und uns die Nutzerdaten übermitteln. Bei Anhaltspunkten für strafbare Handlungen werden Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Wir führen auch gefahrenabwehrende Maßnahmen durch und leisten Opferschutz. So suchen wir zum Beispiel Personen auf, machen uns ein Bild von der Situation und führen Gefährderansprachen durch. Um auf potenzielle Täter aufmerksam zu werden, brauchen wir auch die Hilfe der Bürgerinnen und Bürger, die uns einen Tipp geben. Wir sind darauf angewiesen, dass sie 110 anrufen, wenn es Merkwürdigkeiten gibt.

Auf der anderen Seite müssen wir aber auch die Geflüchteten sensibilisieren; das ist ein sehr komplizierter Teil, weil sie unsere Sprache nicht beherrschen. Deshalb gibt es unter anderem Informationen in Form von Flyern und mittlerweile auch auf der Internetseite der Polizei. Wir haben am Montag einen Erlass veröffentlicht, in dem wir die Behörden sowohl auf die Gefahren, also auch darauf aufmerksam gemacht haben, sich zu kümmern, aufmerksam zu machen und aufzuklären. Wir haben Flyer in unterschiedlichen Sprachen entwickelt.

- 16 -

APr 17/1781

Innenausschuss 101. Sitzung (öffentlich) 31.03.2022

Wir haben also ein waches Auge; die Polizei ist jetzt ganz verstärkt sensibilisiert. Faktisch gibt es extrem wenige Fälle, aber die theoretische Gefahr ist hoch, weshalb wir höllisch aufpassen müssen.

31.03.2022

Razzia in NRW gegen Drogenbande (Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 3])

Bericht der Landesregierung Vorlage 17/6674 Vertrauliche Vorlage 17/216

Markus Wagner (AfD) fragt nach einem Handel über NRW hinaus, insbesondere in die Niederlande, sowie nach einer nachvollziehbaren Begründung, warum Personen mit so erheblichen Eintragungen im Bundeszentralregister nicht längst im Gefängnis säßen oder bei ausländischer Staatsangehörigkeit abgeschoben würden.

Minister Herbert Reul (IM) gibt zu bedenken, für Gefängnisstrafen seien die Gerichte und damit letztlich das Justizministerium zuständig. Das Verfahren für die Abschiebungen gestalte sich in Deutschland sehr kompliziert, wenngleich Minister Dr. Stamp während seiner Amtszeit so viele Personen abgeschoben habe "wie halb Deutschland nicht". Er bezeichnet Nordrhein-Westfalen als "absolute Weltmeister beim Umsetzen", wenn sich jeder Einzelfall auch ungeheuer schwierig darstelle, weil es sich um ein rechtsstaatlich einwandfreies Verfahren handeln müsse.

Landtag	Norc	Irheir	า-W€	estfal	len
---------	------	--------	------	--------	-----

- 18 -

Innenausschuss 101. Sitzung (öffentlich) APr 17/1781 31.03.2022

8 Innenminister verbietet radikale Hisbollah-Moschee (Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 4])

Bericht der Landesregierung Vorlage 17/6667

Markus Wagner (AfD) möchte wissen, ob die Moschee an sich noch weiter betrieben werde und gegebenenfalls von wem.

MR'in Iris Bachetzky-Knüst (IM) antwortet, das LKA kümmere sich um die Verwaltung der Immobilie.

31.03.2022

9 Gesetz zur Anpassung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen und anderer Gesetze an das Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetz

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/16517

Schriftliche Anhörung des Innenausschusses Stellungnahme 17/4970 Stellungnahme 17/4971 Stellungnahme 17/4972 Stellungnahme 17/4973

abschließende Beratung und Abstimmung

(Der Gesetzentwurf wurde nach der ersten Lesung am 16.02.2022 einstimmig an den Innenausschuss – federführend – sowie an den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen.)

Berivan Aymaz (GRÜNE) moniert, § 23 Abs. 6 schaffe sehr wohl eine Rechtsgrundlage für die Software Palantir, auch wenn der Innenminister nur von einer Klarstellung spreche. Sie bezweifle die Verhältnismäßigkeit, weil auf § 100a StPO verwiesen werde, der auch Vergehen beinhalte, worin eine unverhältnismäßige Ausweitung liege, was auch die Sachverständigen kritisiert hätten. Auch vermisse sie eine Evaluierungsvorschrift.

Hartmut Ganzke (SPD) vermisst die Berücksichtigung der Bedenken der LDI. Auch greife § 23 Abs. 6 den mit dem geänderten Polizeigesetz doch eigentlich aufgegebenen Begriff der drohenden Gefahr wieder auf; sehe er doch die Möglichkeit zur Datenauswertung bereits im Vorfeld einer konkreten Gefahr vor.

Dr. Christos Georg Katzidis (CDU) bezeichnet es als wenig zielführend, wenn Sachverständige auf politische Internetseiten verwiesen.

Markus Wagner (AfD) erkennt ebenfalls erhebliche Kritik der Sachverständigen und kritisiert, es gebe keinen präzisen Katalog der schweren Straftaten.

Marc Lürbke (FDP) betont die rechtsstaatliche Notwendigkeit einer Rechtsgrundlage und wendet ein, wenn § 100a StPO selbst für die Telekommunikationsüberwachung ausreiche, genüge er wohl erst recht für den Datenschutz. Die LDI äußere keine grundlegenden Bedenken.

31.03.2022

LMR Prof. Dr. Klaus Schönenbroicher (IM) verweist auf die ausführliche Begründung des Gesetzentwurfs zur Verhältnismäßigkeit, zumal es nicht um eigenständige Eingriffsakte ohne eine neue Eingriffsdimension, sondern darum gehe, rechtmäßige und zulässige polizeiliche Datenbanken an die Moderne heranzuführen. Wenn die Polizei ihre Erkenntnisse nicht in der richtigen Weise aufbereite und miteinander verknüpfe, werde ihr auf der anderen Seite vorgeworfen, ihrem Auftrag zur Gefahrenabwehr und zur Strafverfolgung nicht nachzukommen. Nach der klaren Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts insbesondere in seiner BKA-Entscheidung müsse die Eingriffsrelevanz berücksichtigt werden.

In Bezug auf die Rechtsgüter definiere § 23 Abs. 6 Nr. 1 ganz klar die Straftaten; hinter der zweiten Fallgruppe fänden sich die Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung. Die Abwesenheit der Evaluierungspflicht erscheine aus Sicht einer sachgerechten Gesetzgebung mit Blick auf die Eingriffstiefe und die Eingriffsrelevanz richtig.

Minister Herbert Reul (IM) unterstreicht, er habe sich massiv dafür eingesetzt, die Bedenken der LDI und der Opposition hinsichtlich der Frage, ob es einer separaten Rechtsgrundlage bedürfe, nachzukommen. Ihm das nun vorzuwerfen, irritiere ihn außerordentlich.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion, den Gesetzentwurf anzunehmen.

31.03.2022

10 Russischer Militärgeheimdienst plant Sabotage in Deutschland (Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 5])

Bericht der Landesregierung Vorlage 17/6669

- keine Wortbeiträge

31.03.2022

11 Schutz ukrainischer Flüchtlinge vor Missbrauch und Menschenhandel (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6])

Bericht der Landesregierung Vorlage 17/6697

Markus Wagner (AfD) fragt nach Erkenntnissen zu den Tatorten, den Tätergruppen sowie der Herkunft der Täter.

Minister Herbert Reul (IM) teilt mit, dies nicht in öffentlicher Sitzung vortragen zu können.

Daniel Sieveke (CDU) hält es für erforderlich, vor Ort offen und transparent darüber zu sprechen, um nichts unter den Teppich zu kehren.

31.03.2022

12 Sachstand bei der Arbeit der "Koordinierungsgruppe Ukraine" des Innenministeriums (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6])

Bericht der Landesregierung Vorlage 17/6702

- keine Wortbeiträge

Landtag	Nordrhein-\	Westfalen
---------	-------------	-----------

- 24 - APr 17/1781

Innenausschuss 101. Sitzung (öffentlich) 31.03.2022

13 Aktivitäten der Rockergruppe "Nachtwölfe" in NRW (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6])

Bericht der Landesregierung Vorlage 17/6692

Minister Herbert Reul (IM) teilt auf die Frage von **Sven Wolf (SPD)** mit, es gebe keine Aktualisierung durch sein Haus.

31.03.2022

14 Verbreitung eines Fake-Videos über einen angeblichen Mord an einem Jugendlichen (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6])

Bericht der Landesregierung Vorlage 17/6714

Minister Herbert Reul (IM) teilt mit, der verspätete Zugang des Berichts liege in der erst heute Mittag erfolgten Freigabe des Justizministeriums begründet.

31.03.2022

15 Terrorverdacht gegen einen 34-jährigen Mann aus Essen (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6])

Bericht der Landesregierung Vorlage 17/6668

Markus Wagner (AfD) möchte wissen, ob sich die Person in Untersuchungshaft befinde, auf welcher rechtlichen Grundlage und seit wann sie sich in Nordrhein-Westfalen aufhalte sowie ob weitere Straftaten bekannt und aufenthaltsbeendenden Maßnahmen geplant seien.

LKD Martin Wentorf (IM) teilt mit, die Person sei wohl im Jahr 2016 nach Deutschland eingereist, mehrfach kriminalpolizeilich in Erscheinung getreten und befinde sich weiterhin auf freiem Fuß.

31.03.2022

16 Mutmaßlicher Giftanschlag auf das britische Konsulat in Düsseldorf (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6])

Bericht der Landesregierung Vorlage 17/6695

Sven Wolf (SPD) teilt mit, insbesondere die nordrhein-westfälische Parlamentariergruppe Vereinigtes Königreich zeige sich besorgt, die an genau diesem Tag zum Abschlussabendessen mit dem Generalkonsul zusammengekommen sei. Nordrhein-Westfalen pflege eine sehr enge Verbindung zu Großbritannien und zeige sich solidarisch.

31.03.2022

17 Personalsituation beim Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD) (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6])

Bericht der Landesregierung Vorlage 17/6670

Hartmut Ganzke (SPD) bitte darum, die 85 Stellen in Bezug zur Gesamtzahl der Stellen zu setzen, um sie besser einschätzen zu können, und möchte wissen, ob deshalb IT-Aufträge an Externe vergeben würden und welche Ausgaben dadurch entstünden.

Markus Wagner (AfD) fragt, welche Gehälter der öffentliche Dienst denn zahlen müsste, um mit der Privatwirtschaft konkurrenzfähig zu werden.

Minister Herbert Reul (IM) räumt ein, solche Gehälter könne der öffentliche Dienst nicht zahlen. Der Markt sei leergefegt, sodass man die Menschen davon überzeugen müsse, dass sie mit ihren Fähigkeiten im öffentlichen Dienst eine wichtige Aufgabe wahrnähmen.

LPD Markus Henkel (IM) setzt fort, man spreche über etwa 400 Stellen insgesamt in der Abteilung II. Selbstverständlich vergebe man auch IT-Aufträge an Externe, könne aber die Größenordnung ad hoc nicht mitteilen, sodass er anbietet, die Angaben nachzureichen.

Hartmut Ganzke (SPD) stellt fest, bei 400 Stellen rede man mit Blick auf die 85 unbesetzten also über ungefähr ein Viertel. Angesichts der Marktgegebenheiten müsse man IT-Fachleute gegebenenfalls höher besolden, anstatt Millionenbeträge für externe IT-Dienstleistungen auszugeben.

Minister Herbert Reul (IM) erläutert, die Besoldung nur über die Erfahrungsstufen steigern zu können, denn man müsse sich im Gefüge des öffentlichen Dienstrechts bewegen, darüber hinaus aber auch neue Wege beschreiten, wobei es sich um ein Thema der Innenministerkonferenz handele. Dabei denke man etwa an eine eigene Besoldungsstruktur oder andere Maßnahmen, um dieses "außergewöhnliche Drama" zu beenden. Auch überlege man, welchen eigenen Beitrag man leisten könne, um eigenes Personal zu qualifizieren.

LPD Markus Henkel (IM) spricht von einer extrem herausfordernden Situation, der sich nicht nur die Polizei bzw. der öffentliche Dienst allgemein, sondern auch die Privatwirtschaft stellen müsse. Alle versuchten, die besten Köpfe zu gewinnen. Vor diesem Hintergrund habe der Arbeitgeberverband der Länder ein ganzes Maßnahmenbündel konzipiert und zahle auch Zulagen, die allerdings gerade erst umgesetzt worden seien, sodass er über die Wirksamkeit noch nichts berichten könne.

31.03.2022

Hartmut Ganzke (SPD) wiederholt seine Feststellung, beim LZPD seien also ein Viertel der Stellen im IT-Bereich unbesetzt, und bittet den Minister um Bestätigung.

Minister Herbert Reul (IM) antwortet, zum einen bekomme der öffentliche Dienst die Leute nicht. Zudem handele es sich um völlig neue Stellen, die erst ausgeschrieben und vergeben werden müssten. Insofern könne er nicht ausschließen, dass ein Teil der 85 Stellen möglicherweise noch gar nicht ausgeschrieben sei, weshalb man nicht behaupten dürfe, das Defizit liege bei einem Viertel. Tatsächlich gestalte es sich nämlich leider viel komplizierter, weil es sich in solchen Fällen nach Verabschiedung des Haushalts im öffentlichen Dienst immer um einen langwierigen Stellenbesetzungsprozess handele. Zudem würden in dieser Region sehr viele entsprechende Arbeitskräfte gesucht, an denen sowieso schon ein extremer Mangel herrsche. Daher nutze die Landesregierung unterschiedliche Möglichkeiten, plane andere und stelle wiederum andere in Kürze scharf.

Sven Wolf (SPD) fragt nach der Zielvorgabe des Innenministeriums, um die Qualität zu erreichen, denn das LZPD sorge auch für die Qualität der Datenbanken und insbesondere die Verbundverfahrenkontrolle, um Fehler wie bei Ahmad A. in Zukunft zu vermeiden. Vor diesem Hintergrund wolle er wissen, ob dies wegen der fehlenden Stelle nicht möglich sei.

Minister Herbert Reul (IM) teilt mit, diese Stellen seien alle besetzt. Heute gebe es zudem mehr IT-Fachleute in der Polizei als vor fünf Jahren, die die Landesregierung allerdings nicht herbeizaubern könne. Die Gehaltsstruktur im öffentlichen Dienst erweise sich als Nachteil. Auf der anderen Seite stünden etwa die wichtige Aufgabe, was sich gerade beim Kindesmissbrauch zeige, sowie die Arbeitsplatzsicherheit und die Attraktivität der Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst. Es werde nicht ausreichen, in Konkurrenz zu den anderen Arbeitgebern zu treten, sondern man bemühe sich auch, eigene Wege zu gehen.

31.03.2022

18 Entwicklung der Personalstärke in der Direktion K (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6])

Bericht der Landesregierung Vorlage 17/6703

Markus Wagner (AfD) möchte wissen, auf welchen Tätigkeitsfeldern die Regierungsbeschäftigten arbeiteten und ob man ausschließlich über Vollzeitäquivalente spreche.

Minister Herbert Reul (IM) erläutert, die Regierungsbeschäftigten arbeiteten überall dort, wo es nicht um polizeivollzugliche Tätigkeiten gehe, in letzter Zeit verstärkt auch als Spezialisten in den Landesoberbehörden wie dem LKA, dem LZPD und in der Fortbildung. Dabei spreche man über volle Stellen, wobei die jeweilige Behörde darüber entscheide, ob sie sie mit mehreren Teilzeitkräften besetze.

31.03.2022

19 Einbindung der Hilfsorganisationen durch die Landesregierung bei der Aufnahme von ukrainischen Flüchtlingen (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 7])

Bericht der Landesregierung Vorlage 17/6699

Berivan Aymaz (GRÜNE) fragt, wer denn nun Prognosen erstelle und die Organisationsfragen beantworte.

Minister Herbert Reul (IM) antwortet, die Zuständigkeit liege beim MKFFI. Allerdings könne gegenwärtig wohl niemand zuverlässig prognostizieren, weil sich die Daten täglich änderten. Nach seiner Kenntnis gebe es eine sehr enge Zusammenarbeit mit den Hilfsorganisationen; Klagen über größere Defizite kenne er nicht.

31.03.2022

20 Angekündigte Stärkung der Kriminalpolizei NRW (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 7])

Bericht der Landesregierung Vorlage 17/6696

- keine Wortbeiträge

31.03.2022

21 Aktuelle Entwicklungen im Corona-Protest-Spektrum (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 7])

Bericht der Landesregierung Vorlage /6690

Berivan Aymaz (GRÜNE) bezeichnet es als bemerkenswert, dass die Szene Corona als Aufhänger benutzt habe, Misstrauen gegen die Demokratie zu säen, und dafür nun die Flüchtlingsbewegung aus der Ukraine und das Leid der Menschen benutze. Alle Demokratinnen und Demokraten seien aufgerufen, wachsam zu bleiben, nicht auf die Argumentationslinien dieser Szene hereinzufallen und Misstrauen zu erwecken. Ausweislich des Berichts gebe es nach wie vor Radikalisierungsprozesse von Einzelpersonen und Kleinstgruppen, sodass sie die Anzahl der Personen und interessiere, ob man bestimmte Orte ausmachen könne.

LMR Jürgen Kayser (IM) spricht von insgesamt etwa 300 Personen, die der Verfassungsschutz in dieser Szene als Organisatoren oder Brandbeschleuniger in den sozialen Netzwerken wie insbesondere Telegram im Blick behalte, davon 20 Personen unter sehr enger Beobachtung. Örtliche Schwerpunkte der Szene im Netz könne man nicht ausmachen. Beim Demonstrationsgeschehen auf der Straße gebe es einen lokalen Schwerpunkt in Düsseldorf.

31.03.2022

22 Salafismus in Nordrhein-Westfalen (Bericht beantragt von der Fraktion BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 7])

Bericht der Landesregierung Vorlage 17/6689

Markus Wagner (AfD) möchte wissen, ob die 110 Personen, die sich noch im Ausland befänden, zu 60 % deutsche Staatsangehörige seien, welche Maßnahmen man ergreifen wolle, um die Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit die Wiedereinreise nach Deutschland bzw. nach Nordrhein-Westfalen zu untersagen oder zumindest zu erschweren, wie viele Abschiebungen wohin durchgeführt worden seien und was er sich konkret unter Gefährdern vorstellen müsse.

Minister Herbert Reul (IM) berichtet von einer Rückholaktion des Auswärtigen Amtes und des BKA, mit dem das LKA zusammengearbeitet habe. Dabei spreche man über zehn Frauen mit deutscher Staatsangehörigkeit und 27 Kindern, die aus Syrien nach Deutschland zurückgeholt worden seien. In der deutschen Staatsangehörigkeit liege auch der juristische Grund für die Rückholaktion. Das Flugzeug sei gestern Abend um 23:45 Uhr in Frankfurt gelandet. Die Frauen hätten sich ursprünglich im Hoheitsgebiet des Islamischen Staates in Syrien und im Irak aufgehalten. Sie seien durch kurdische Kräfte festgenommen und zuletzt in von kurdischen Kräften in Syrien geführten Lagern festgehalten worden.

Vier Frauen hätten einen Bezug zu Nordrhein-Westfalen, eine davon lediglich über ihren Ehemann, sodass die Zuständigkeit für sie beim bayerischen LKA liege. Die drei Frauen mit unmittelbarem Bezug nach NRW erwarteten nun Strafverfahren unter anderem wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung. Zwei Frauen seien deshalb sofort festgenommen worden.

LMR Jürgen Kayser (IM) erläutert auf die Fragen von Markus Wagner, etwa 60 % der Personen, die sich noch im Ausland aufhielten, hätten eine ausschließlich deutsche Staatsangehörigkeit. Der Rest verfüge entweder über eine ausländische oder eine gemischte Staatsangehörigkeit. Die Personen seien in Deutschland zur Fahndung ausgeschrieben. Die ausländerrechtlichen Maßnahmen fielen in die Zuständigkeit des MKFFI bzw. mit Blick auf die Wiedereinreise der Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit in die des Auswärtigen Amtes. Nach dem Ausländerrecht jedenfalls hätten diese Personen grundsätzlich keinen Rückkehranspruch.

31.03.2022

23 Fortsetzung der Aktivitäten der verbotenen Reichsbürgervereinigung "Geeinte deutsche Völker und Stämme" in NRW? (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 7])

Bericht der Landesregierung Vorlage 17/6675

Berivan Aymaz (GRÜNE) fragt nach den Unklarheiten zwischen virtuellen und Aktivitäten in der realen Welt sowie nach rechtlichen Unterschieden zwischen Vereinigungen mit Treffen in der digitalen sowie in der realen Welt.

LMR Jürgen Kayser (IM) erläutert, bei virtuellen Aktivitäten müsse geklärt werden, wer dahinterstecke und ob diese Person tatsächlich für die Organisation handele. In jedem Fall müssten Handlungen, die der Organisation zugerechnet werden könnten, die Straftatbestände erfüllen, wobei es sich um den Gegenstand der Ermittlungen handele.

31.03.2022

24 Versuch von "Der III. Weg", eine Immobilie in Hilchenbach zu kaufen (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 7])

Bericht der Landesregierung Vorlage 17/6676

Berivan Aymaz (GRÜNE) möchte wissen, ob die Landesregierung in solchen Fragen die Kommunen sowie die Immobilienbesitzer in der Region entsprechend sensibilisiere.

LMR Jürgen Kayser (IM) führt aus, der Verfassungsschutz kläre über die Aktivitäten von Der III. Weg auf vielfältige Art und Weise auf, nämlich etwa über den Verfassungsschutzbericht und Projekte mit den Kommunen. Auch stehe er bei konkreten Sachverhalten in engem Austausch mit den Kommunen. Die Eigentümer insgesamt über rechtsextreme Organisationen und ihren möglichen Immobilienerwerb umfassend aufzuklären, stoße zum einen auf praktische Schwierigkeiten; zum anderen sei es nicht verboten, an rechtsextreme Organisationen zu verkaufen.

Am Ende der Sitzung bedankt sich **Vorsitzender Daniel Sieveke** für die gute Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg zu erschütternden und bedrückenden Ereignissen. Den Umgang im PUA bezeichnet er als wegweisend. Der Innenausschuss habe in der Legislaturperiode 42 Anhörungen, 28 Gesetzentwürfe und 36 Anträge federführend behandelt und erweise sich als der sparsamste Ausschuss.

Sodann dankt er unter allgemeinem Beifall Birgit Hielscher für seine und die gute Unterstützung aller Fraktionen sowie dem Sitzungsdokumentarischen Dienst für die äußerst schnelle Bearbeitung der Protokolle und Anfragen der Ausschussmitglieder. Er wünscht allen Ausschussmitgliedern viel Erfolg sowie gute und faire Auseinandersetzungen im Wahlkampf.

Hartmut Ganzke (SPD) stellt für seine Fraktion ebenfalls einen harmonischen Umgang im Innenausschuss fest, was auch am Vorsitzenden liege. Der Innenausschuss habe bewiesen, dass die Politik auch mit einem Sumpf zurechtkomme und nach vorne schaue.

gez. Daniel Sieveke Vorsitzender

7 Anlagen 11.05.2022/12.05.2022 11

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen Fraktionsvorsitzender der AfD-Landtagsfraktion Innenpolitischer Sprecher der AfD-Landtagsfraktion

Tel.: (0211)884-4517 (dienstlich) E-Mail: markus.wagner@landtag.nrw.de



Tel.: 0211 - 884 4551 Fax: 0211 - 884 3124 AfD-Fraktion@Landtag.NRW.de

AfD-Landtagsfraktion NRW * Platz des Landtags 1 * 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden des Innenausschusses Herrn Daniel Sieveke MdL

- im Hause -

Düsseldorf, den 15. März 2022

Beantragung von Tagesordnungspunkten für die 101. Sitzung des Innenausschusses

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die 101. Sitzung des Innenausschusses am 31. März 2022 beantrage ich für die AfD-Fraktion die nachfolgenden Tagesordnungspunkte mit der Bitte um schriftliche Berichte der Landesregierung:

I. Verteilung der Polizeivollzugskräfte in Nordrhein-Westfalen

Bei der jährlichen Verteilung der Polizeikräfte in Nordrhein-Westfalen auf die Kreispolizeibehörden zeigt sich ein uneinheitliches Bild. Im Wach- und Wechseldienst musste das Polizeipräsidium Essen Verluste von fast 62 Stellen verkraften. Vor dieser Polizeibehörde auf dem vorletzten Platz landet die Polizei Dortmund mit einem Minus von ca. 24 Polizeibeamten. Das Präsidium Köln dagegen verbucht als Spitzenreiter ein Plus von fast 100 Stellen.

Ich frage daher die Landesregierung:

- 1. Wie hat sich die personelle Ausstattung aller 47 Kreispolizeibehörden in Nordrhein-Westfalen von 2017 bis heute entwickelt?
- 2. Worin sieht die Landesregierung die Gründe für die erheblichen Verluste des Polizeipräsidiums Essen?

¹ https://www.waz.de/staedte/essen/um-den-preis-der-praesenz-polizei-essen-verliert-62-kraefte-id234691169.html

² Ebenda

- 3. Welche Gründe sieht die Landesregierung für die starke Zunahme der Stellen in Düsseldorf?
- 4. Inwieweit sieht die Landesregierung die Notwendigkeit, mehr Kommissaranwärter einzustellen?
- 5. Welche Möglichkeit sieht die Landesregierung, die personelle Ausstattung gleichmäßig auf die Kreispolizeibehörden zu verteilen?

II. Straftaten wegen des Krieges in der Ukraine

Im Kontext mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine kam es in Nordrhein-Westfalen zu antirussischen und pro-russischen Straftaten.³ Bei den Betroffenen handelt es sich um russisch sprechende Personen und Ukrainer.⁴

Ich frage daher die Landesregierung:

- Wie viele Straftaten sind seit Beginn des Krieges in Nordrhein-Westfalen bis heute gegen aus Russland stammende Personen begangen worden? (Bitte nach Straftatbestand, Begehungsort, Russlanddeutschen oder Russen und Staatsbürgerschaft der Täter aufschlüsseln)
- Wie viele Straftaten sind seit Beginn des Krieges in Nordrhein-Westfalen bis heute gegen deutsch-russische Organisationen begangen worden? (Bitte nach Straftatbestand, Begehungsort, Organisation und Staatsbürgerschaft der Täter aufschlüsseln)
- Wie viele Straftaten sind seit Beginn des Krieges in Nordrhein-Westfalen bis heute gegen aus der Ukraine stammende Personen begangen worden? (Bitte nach Straftatbestand, Begehungsort und Staatsbürgerschaft der Täter aufschlüsseln)
- 4. Wie viele Straftaten sind seit Beginn des Krieges in Nordrhein-Westfalen bis heute gegen deutsch-ukrainische Organisationen begangen worden? (Bitte nach Straftatbestand, Begehungsort, Organisation und Staatsbürgerschaft der Täter aufschlüsseln)

Mit freundlichen Grüßen

Markus Wagner, MdL

³ https://www.focus.de/politik/deutschland/putins-motorradgang-schlaegt-in-bonn-auf-ukraine-krieg-hinterlaesst-in-deutschland-spuren id 65978076.html

⁴ https://www.waz.de/politik/landespolitik/ukraine-dutzende-straftaten-in-nrw-im-zusammenhang-mit-dem-krieg-id234658617.html

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen Fraktionsvorsitzender der AfD-Landtagsfraktion Innenpolitischer Sprecher der AfD-Landtagsfraktion

Tel.: (0211)884-4517 (dienstlich) E-Mail: markus.wagner@landtag.nrw.de



Tel.: 0211 - 884 4551 Fax: 0211 - 884 3124 AfD-Fraktion@Landtag.NRW.de

AfD-Landtagsfraktion NRW * Platz des Landtags 1 * 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden des Innenausschusses Herrn Daniel Sieveke MdL

- im Hause -

Düsseldorf, den 16. März 2022

Beantragung eines Tagesordnungspunktes für die 101. Sitzung des Innenausschusses

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die 101. Sitzung des Innenausschusses am 31. März 2022 beantrage ich für die AfD-Fraktion den nachfolgenden Tagesordnungspunkt mit der Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung:

I. 18-jährige Ukrainerin auf Schiff für Geflüchtete vergewaltigt

Auf einem Hotelschiff, das in Düsseldorf als Flüchtlingsunterkunft dient, ist eine junge Ukrainerin, die vor dem Krieg aus der Ukraine geflohen ist, am 6. März 2022 von zwei Männern vergewaltigt worden. Täter sind ein 37-jähriger Iraker und ein 26-jähriger Nigerianer, ebenfalls Flüchtlinge, wie erst am 15.03.2022 durch die Bild-Zeitung bekannt gemacht worden ist. Die Polizei selbst machte nach Informationen des WDR keine Angaben zu den Nationalitäten. 2

 $^{^{1}\} https://www.bild.de/regional/duesseldorf/duesseldorf-aktuell/duesseldorf-ukrainerin-18-von-zwei-weiterenfluechtlingen-vergewaltigt-79453682.bild.html$

² https://www1.wdr.de/nachrichten/rheinland/duesseldorf-hotelschiff-ukrainerin-vergewaltigung-100.html

Ich frage daher die Landesregierung:

- Wie ist der Sachstand der polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen zu diesem Vorfall? (Bitte Tatverdächtige, Tathergang, Vorstrafen der Tatverdächtigen, Straftatbestände, Staatsbürgerschaften der Tatverdächtigen und sonstige polizeilichen Erkenntnisse über die Tatverdächtigen nennen)
- 2. Wieso befinden sich die Tatverdächtigen in der Bundesrepublik Deutschland?
- 3. Wann sind die Tatverdächtigen in die Bundesrepublik Deutschland eingereist?
- 4. Von wo aus sind die Tatverdächtigen in die Bundesrepublik Deutschland eingereist?
- 5. Welche Gründe gibt es für die verspätete Veröffentlichung der Tat und die Nichtnennung der Herkunft der Täter?

Mit freundlichen Grüßen

Markus Wagner, MdL

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen Fraktionsvorsitzender der AfD-Landtagsfraktion Innenpolitischer Sprecher der AfD-Landtagsfraktion

Tel.: (0211)884-4517 (dienstlich)

E-Mail: markus.wagner@landtag.nrw.de



Platz des Landtags 1 40221 Düsseldorf

Tel.: 0211 - 884 4551 Fax: 0211 - 884 3124 AfD-Fraktion@Landtag.NRW.de

AfD-Landtagsfraktion NRW * Platz des Landtags 1 * 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden des Innenausschusses Herrn Daniel Sieveke MdL

- im Hause -

Düsseldorf, 17. März 2022

Beantragung eines Tagesordnungspunktes für die 101. Sitzung des Innenausschusses

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die 101. Sitzung des Innenausschusses am 31. März 2022 beantrage ich für die AfD-Fraktion den nachfolgenden Tagesordnungspunkt mit der Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung:

I. Razzia in NRW gegen Drogenbande

Nach Angaben von Medien wurden gestern Morgen, am 16.03.2022 insgesamt 28 Wohnungen und Geschäftsräume in Viersen, Mönchengladbach und Düsseldorf von mehreren hundert Polizisten durchsucht. Der Einsatz richtete sich gegen einen Drogenhändlerring, bei dem sechs Männer im Alter zwischen 30 und 55 Jahren festgenommen wurden. Die Festgenommenen, die gewerbsmäßigen Cannabisanbau und -handel betreiben sollen, wurden in Untersuchungshaft überführt. Teilweise mit Gewalt und Sprengmitteln verschaffte sich die Polizei Zugang zu den Objekten.¹ Die Fundmengen belaufen sich auf über 10.000 Cannabispflanzen.²

¹ Vgl. https://www.bild.de/regional/duesseldorf/duesseldorf-aktuell/drogen-razzia-im-kreis-viersen-in-moenchengladbach-und-duesseldorf-79470376.bild.html.

² Vgl. https://rp-online.de/nrw/staedte/moenchengladbach/sek-einsaetze-in-moenchengladbach-viersen-und-duesseldorf aid-67195943.

Wir fragen daher die Landesregierung:

- Wie ist der momentane Sachstand der polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen hinsichtlich dieser Razzia? (Bitte Tatverdächtige, Vorstrafen der Tatverdächtigen, Straftatbestände, Staatsbürgerschaften der Tatverdächtigen, Vornamen deutscher Tatverdächtiger und sonstige polizeilichen Erkenntnisse über die Tatverdächtigen nennen)
- 2. Wurde bei den Durchsuchungen Bargeld aus ungeklärter Herkunft beschlagnahmt?
- 3. Konnten weitere Substanzen, die unter das Betäubungsmittelgesetz fallen, bei den Durchsuchungen beschlagnahmt werden? (Bitte ggf. nach Mittel auflisten)
- 4. Wurden bei den Durchsuchungen der Gebäude bzw. der vorgefundenen Personen Waffen sichergestellt? (Bitte nach Waffenart aufschlüsseln)

Mit freundlichen Grüßen

Markus Wagner, Markus

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen Fraktionsvorsitzender der AfD-Landtagsfraktion Innenpolitischer Sprecher der AfD-Landtagsfraktion

Tel.: (0211)884-4517 (dienstlich)

E-Mail: markus.wagner@landtag.nrw.de



Platz des Landtags 1 40221 Düsseldorf

Tel.: 0211 - 884 4551 Fax: 0211 - 884 3124 AfD-Fraktion@Landtag.NRW.de

AfD-Landtagsfraktion NRW * Platz des Landtags 1 * 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden des Innenausschusses Herrn Daniel Sieveke MdL

- im Hause -

Düsseldorf, 18. März 2022

Beantragung eines Tagesordnungspunktes für die 101. Sitzung des Innenausschusses

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die 101. Sitzung des Innenausschusses am 31. März 2022 beantrage ich für die AfD-Fraktion den nachfolgenden Tagesordnungspunkt mit der Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung:

I. Innenminister verbietet radikale Hisbollah-Moschee

Nach Angaben der Bild-Zeitung fand am frühen Morgen des 17. März 2022 eine Razzia in der "Imam-Mahdi-Moschee" in Münster statt. Aufgrund verfassungswidriger Ziele, die der Verein verfolgt, wurde ein Vereinsverbot ausgesprochen. Neben einem Objekt in Delmenhorst wurden noch zwei weitere Wohnungen zweier Führer des Vereins durchsucht und Vereinsvermögen beschlagnahmt. Dem Verein wird vorgeworfen, dem islamistischen Terrornetzwerk Hisbollah nahezustehen und es durch Spenden zu unterstützen.¹

_

 $^{^1}$ Vgl. https://www.bild.de/regional/ruhrgebiet/ruhrgebiet-aktuell/muenster-kulturverein-verboten-razzia-in-moschee-79478782.bild.html.

Wir fragen daher die Landesregierung:

- Welche polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsergebnisse hinsichtlich dieser Razzia sind bekannt? (Bitte Tatverdächtige, Vorstrafen der Tatverdächtigen, Straftatbestände, Staatsbürgerschaften der Tatverdächtigen, Vornamen deutscher Tatverdächtiger und sonstige polizeilichen Erkenntnisse über die Tatverdächtigen nennen)
- 2. Wurde bei den Durchsuchungen Bargeld aus ungeklärter Herkunft beschlagnahmt?
- 3. Wurden bei den Durchsuchungen der Gebäude bzw. der vorgefundenen Personen Waffen sichergestellt? (Bitte nach Waffenart aufschlüsseln)
- 4. Warum erfolgte ein Vereinsverbot erst jetzt, obwohl seit Jahren bekannt ist, dass diese Vereinigung das islamistische Terrornetzwerk der Hisbollah unterstützt?
- 5. Wie viele weitere Moscheen, Vereine und/oder Einrichtungen stehen in Nordrhein-Westfalen zurzeit unter Beobachtung des Verfassungsschutzes?

Mit freundlichen Grüßen

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen Fraktionsvorsitzender der AfD-Landtagsfraktion Innenpolitischer Sprecher der AfD-Landtagsfraktion

Tel.: (0211)884-4517 (dienstlich) E-Mail: markus.wagner@landtag.nrw.de



Tel.: 0211 - 884 4551 Fax: 0211 - 884 3124 AfD-Fraktion@Landtag.NRW.de

AfD-Landtagsfraktion NRW * Platz des Landtags 1 * 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden des Innenausschusses Herrn Daniel Sieveke MdL

- im Hause -

Düsseldorf, den 18. März 2022

Beantragung eines Tagesordnungspunktes für die 101. Sitzung des Innenausschusses

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die 101. Sitzung des Innenausschusses am 31. März 2022 beantrage ich für die AfD-Fraktion den nachfolgenden Tagesordnungspunkt mit der Bitte um einen Bericht in nicht öffentlicher Sitzung der Landesregierung:

I. Russischer Militärgeheimdienst plant Sabotage in Deutschland

Nach Informationen des Nachrichtenmagazins FOCUS soll der russische Militärgeheimdienst GRU in Deutschland verschiedene Objekte im Blick haben, die sabotiert werden könnten.¹ Potentielle Angriffsziele seien unter anderem Einrichtungen der Bundesnetzagentur.²

Ich frage daher die Landesregierung:

- 1. Welche Erkenntnisse besitzt die Landesregierung über mögliche und drohende Sabotageakte durch russische oder belarussische Geheimdienste auf Einrichtungen der Bundesnetzagentur sowie auf andere kritische Infrastrukturen in Nordrhein-Westfalen?
- 2. Was unternimmt die Landesregierung, um die Sicherheit der Einrichtungen der Bundesnetzagentur und anderer kritischer Infrastrukturen vor solchen Angriffen zu gewährleisten?

 $^{^{1}\} https://www.focus.de/politik/deutschland/russischer-militaergeheimdienst-spionierte-offenbar-sabotage-ziele-in-deutschland-aus\ id\ 69830166.html$

² https://www.bz-berlin.de/welt/medienbericht-putin-agenten-planen-sabotage-in-deutschland

- 3. Welche Erkenntnisse besitzt die Landesregierung über bereits abgewehrte Angriffe auf Einrichtungen der Bundesnetzagentur sowie auf andere kritische Infrastrukturen in Nordrhein-Westfalen?
- 4. Welche Maßnahmen werden zur Identifizierung der Urheber eingesetzt?
- 5. Gibt es Überlegungen, mit Gegenangriffen auf solche Attacken zu reagieren?

Mit freundlichen Grüßen

Markus Wagner, MdL



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Herrn
Daniel Sieveke (MdL)
Vorsitzender des Innenausschusses
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Hartmut Ganzke (MdL)

Innenpolitischer Sprecher Platz des Landtags 1 40221 Düsseldorf

Fon: 0211 – 884 2651 Fax: 02303 – 253 1499 Hartmut.Ganzke@landtag.nrw.de www.spd-fraktion-nrw.de

21.03.2022

Beantragung von schriftlichen Berichten für die Sitzung des Innenausschusses am 31.03.2022

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Landtagsfraktion beantrage ich für die Sitzung des Innenausschusses am 31.03.2022 folgende schriftliche Berichte:

1. Schutz ukrainischer Flüchtlinge vor Missbrauch und Menschenhandel

Durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine kommen täglich mehr Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen an, die bei uns Schutz und Unterkunft suchen. Dabei handelt es sich insbesondere um Frauen, Kinder und Jugendliche. Mittlerweile sorgen sich Hilfsorganisationen sowie zuständige Behörden zunehmend, wie man diese Menschen vor Menschenhandel oder anderen Formen von Missbrauch schützen kann. Sie befinden sich in einer verzweifelten Lage, die leider auch von Kriminellen ausgenutzt werden kann. So gibt es zum Beispiel Meldungen aus Berlin über zwielichtige Unterbringungsangebote von angeblichen "Helfern". Diese sprechen demnach gezielt aus der Ukraine geflüchtete junge Frauen und Mädchen an und geben unter dem Deckmantel der Hilfsbereitschaft vor, sie aufnehmen zu wollen oder ihnen Unterkünfte vermitteln zu können. Bei Annahme dieser vermeintlichen Hilfsangebote sei jedoch zu befürchten, dass die angesprochenen Personen sexuell missbraucht oder zur Prostitution gezwungen werden könnten. Darüber hinaus

können solche Gefährdungen neben Frauen und Mädchen auch Jungen bzw. jugendliche Männer betreffen.

Bereits in der Sitzung des Innenausschusses am 10.03.2022 wurden die Gefahren angesprochen, die für ukrainische Flüchtlinge durch Missbrauch und Menschenhandel entstehen können. Angesichts der seitdem zu beobachtenden Zunahme der Warnungen und Hinweise bitten wir die Landesregierung um einen ergänzenden schriftlichen Bericht, der insbesondere folgende Fragen beantwortet:

- Sind auch in Nordrhein-Westfalen bereits entsprechende Verdachtsfälle aufgetreten bzw. gibt es in NRW konkrete Ermittlungen gegen Tatverdächtige?
- Wenn dies zutreffen sollte: Wie viele bisher bekanntgewordene Fälle gibt es aktuell in NRW und handelt es sich bei den Verdächtigen um Einzeltäter oder um Personen aus dem Bereich der organisierten Kriminalität?
- Inwiefern sind Polizei, weitere zuständige Behörden und Hilfsorganisationen in NRW im Hinblick auf entsprechende Gefahren sensibilisiert und welche konkreten Maßnahmen werden ergriffen, um Flüchtlinge aus der Ukraine vor solchen Gefahren zu schützen?
- · Welche Hilfsangebote gibt es für potentielle Opfer?

2. Sachstand bei der Arbeit der "Koordinierungsgruppe Ukraine" des Innenministeriums

Auf der Sitzung des Innenausschusses am 10.03.2022 berichtete Innenminister Reul über die Einrichtung einer "Koordinierungsgruppe Ukraine" im nordrhein-westfälischen Innenministerium unter Führung der Leiterin der Polizeiabteilung, Frau Dr. Lesmeister. Die Koordinierungsgruppe befasst sich demnach mit den Themen Gefahrenabwehr, Cybersicherheit, Verfassungsschutz sowie mit der Koordination der Hilfeleistungen des Landes bzw. dem Aufbau eines Netzwerkes mit den Hilfsorganisationen.

Wir bitten in diesem Zusammenhang um einen schriftlichen Bericht über den aktuellen Sachstand der Arbeit der Koordinierungsgruppe, aufgegliedert nach den ihr jeweils zugewiesenen Aufgabenfeldern.

3. Aktivitäten der Rockergruppe "Nachtwölfe" in NRW

Nach einem Bericht des "Kölner Stadt-Anzeiger" vom 11.03.2022 sollen sich Mitglieder der russischen Rockergruppe "Nachtwölfe" am 05.03.2022 vor dem russischen Generalkonsulat in Bonn postiert haben, nachdem dort zuvor eine Drohbotschaft mit einem weißen Pulver eingegangen sei. Der "Kölner Stadt-Anzeiger" beruft sich dabei auf einen internen Lagebericht des LKA zu Straftaten, die mit dem Krieg in der Ukraine zusammenhängen. Der Motorradclub der "Nachtwölfe" gilt als extrem nationalistisch und als eng mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin verbunden. In der Vergangenheit waren Anhänger der "Nachtwölfe" u.a. durch Verherrlichung des Diktators Stalin und Propagierung eines russischen Imperiums aufgefallen. Ob die "Nachtwölfe" als Wachleute vor dem russischen Konsulat aufzogen ist nach dem Bericht des "Kölner Stadt Anzeiger" bisher unklar geblieben. Die vor dem Konsulat versammelten Männer sind demnach vor allem aus Russland und Kasachstan gebürtig und ihre Motorräder in der Region zugelassen.

Wir bitten im Rahmen eines schriftlichen Berichts um die Beantwortung folgender Fragen:

- Welche Erkenntnisse gibt es über Aktivitäten der "Nachtwölfe" in NRW bzw. ist diese Gruppierung in der Vergangenheit in NRW durch Straftaten oder sonstige sicherheitsrelevante oder extremistische Aktivitäten aufgefallen?
- · Wie viele Mitglieder bzw. Anhänger hat diese Gruppierung in NRW?

4. Verbreitung eines Fake-Videos über einen angeblichen Mord an einem Jugendlichen

Nach Medienberichten vom 20.03.2022 warnt die Polizei vor der Verbreitung eines «Fake-Videos» im Internet, in dem es um ein angebliches durch Ukrainer begangenes Verbrechen in Euskirchen geht. Demnach wird in dem Video behauptet, dass ein 16-jähriger Jugendlicher von einer Gruppe Ukrainer zu Tode geprügelt worden sei. In dem Clip soll eine Frau zu sehen sein, die auf Russisch davon berichtet, dass sie von einer Freundin von dem angeblichen Vorfall am Bahnhof von Euskirchen gehört habe. Der Polizei liegen nach den Presseberichten jedoch gar keine Informationen über einen solchen gewalttätigen Übergriff oder gar über einen Todesfall vor. Die Polizei stufe das Video deshalb als "Fake Video" ein, das absichtlich erstellt wurde um Hass zu schüren. Der Staatsschutz der Polizei Bonn habe deshalb Ermittlungen aufgenommen.

Wir bitten die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht über die bisher bekannten Hintergründe dieses Vorfalls und über den aktuellen Sachstand der Ermittlungen.

5. Terrorverdacht gegen einen 34-jährigen Mann aus Essen

Nach einer Meldung der WAZ vom 21.03.2022 ermittelt die Bundesanwaltschaft gegen einen 34-jährigen Mann aus Essen wegen des Verdachts der Mitgliedschaft bei der Terrormiliz "Islamischer Staat". Die Wohnung des Mannes sei demnach vor wenigen Tagen Ziel einer polizeilichen Durchsuchungsaktion gewesen. Der Terrorverdächtige befinde sich aber auf freiem Fuß. Gegen den Mann soll auch im Zusammenhang mit Kriegsverbrechen ermittelt werden. Der mögliche Tatzeitraum soll hier in den Jahren zwischen 2012 und 2015 liegen. Die polizeiliche Federführung bei diesem Vorgang liege beim Landeskriminalamt (LKA) in Düsseldorf.

Wir bitten die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht zu diesem Vorgang.

6. Mutmaßlicher Giftanschlag auf das britische Konsulat in Düsseldorf

Auf das britische Generalkonsulat in Düsseldorf hat es nach Medienberichten am 15.03.2022 möglicherweise einen Giftanschlag gegeben. Mehrere Quellen berichteten mit Verweis auf Sicherheitskreise, dass das Konsulat eine Briefsendung mit einer verdächtigen Substanz erhalten haben soll. Bei dem Inhalt des Briefes soll es sich um eine Quecksilberverbindung gehandelt haben, die potentiell tödlich gewesen sei. Es sei jedoch niemand verletzt worden. Darüber hinaus soll es ein Drohschreiben gegeben haben, in dem ein Unbekannter die Freilassung des inhaftierten Wikileaks-Gründers Julian Assange gefordert habe.

Wir bitten die Landesregierung in diesem Zusammenhang um einen schriftlichen Sachstandsbericht.

7. Personalsituation beim Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD)

Nach Berichten aus Polizeikreisen sollen aktuell bis zu 20 % aller Stellen beim Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD) unbesetzt sein. Insbesondere fehle es beispielsweise an IT-Experten, was im Hinblick auf die stetig wachsende Bedeutung der Informationstechnik für Ausstattung und moderne Einsatzkonzepten bei der Polizei von großem Nachteil sei. Es sei in den letzten Jahren nicht gelungen, eine ausreichende Zahl von qualifiziertem Personal zu gewinnen.

Wir bitten die Landesregierung in diesem Zusammenhang um die schriftliche Beantwortung folgender Fragen:

- Wie viele Stellen für Regierungsbeschäftigte mit konstitutiven Ausschreibungsmerkmalen der Vorbildung in Informatikwissenschaften und Informationstechnologien sind derzeit im LZPD NRW unbesetzt?
- Wie viele Stellen für Bewerber und Bewerberinnen aus den Bildungsgängen Informatikwissenschaften und Informationstechnologie im LZPD NRW konnten in den Jahren 2020 und 2021 nach einer Stellenausschreibung nicht besetzt werden?

- Wie viele Stellen für Bewerber und Bewerberinnen aus den Informatikwissenschaften und der Informationstechnologie im LZPD NRW konnten in den Jahren 2020 und 2021 nach einer Stellenausschreibung besetzt werden?
- Was sind die Gründe für die fehlende Besetzung der Stellen aus den Bildungsgängen der Informatikwissenschaften?
- Welche Maßnahmen wird die Landesregierung ergreifen, um diesen Zustand zu ändern?
- Bis zu welchem Zeitpunkt plant die Landesregierung die unbesetzten Stellen zu besetzen?

8. Entwicklung der Personalstärke in der Direktion K

In unserer Berichtsanforderung für die Sitzung des Innenausschusses am 20.01.2022 hatten wir nach der Entwicklung der Personalstärke der Polizeivollzugsbeamten und -beamtinnen im Wachdienst in den einzelnen Kreispolizeibehörden von 2015 bis 2021 gefragt. Wir bitten nunmehr um schriftliche Beantwortung folgender Frage:

Wie hat sich vergleichsweise die Personalstärke in der Direktion K in den einzelnen Kreispolizeibehörden

- a) der Polizeivollzugsbeamten und -beamtinnen
- b) der Regierungsbeschäftigten

von 2015 bis 2021 (Stichtag jeweils zum 31.08. eines Jahres) entwickelt?

Mit freundlichen Grüßen

Marlow form &

Seite 6 von 6



VERENA SCHÄFFER MDL, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN PLATZ DES LANDTAGS 1, 40221 DÜSSELDORF

An den Vorsitzenden des Innenausschusses Herrn Daniel Sieveke MdL - im Hause -

Verena Schäffer MdL

Fraktionsvorsitzende, Sprecherin für Innenpolitik und Strategien gegen Rechtsextremismus

Landtagsbüro
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Tel: +49 (211) 884 – 4321
Fax: +49 (211) 884 – 3334
Verena.Schaeffer@landtag.nrw.de
www.verena-schaeffer.de

Wahlkreisbüro Bergerstraße 38 58452 Witten

Düsseldorf, den 21.03.2022

Berichtswünsche für die Sitzung des Innenausschusses am 31. März 2022

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die oben genannte Sitzung des Innenausschusses beantrage ich im Namen der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgende Tagesordnungspunkte:

- Einbindung der Hilfsorganisationen durch die Landesregierung bei der Aufnahme von ukrainischer Flüchtlingen
- II. Angekündigte Stärkung der Kriminalpolizei NRW
- III. Aktuelle Entwicklungen im Corona-Protest-Spektrum
- IV. Salafismus in Nordrhein-Westfalen
- V. Fortsetzung der Aktivitäten der verbotenen Reichsbürgervereinigung "Geeinte deutsche Völker und Stämme" in NRW?
- VI. Versuch von "Der III. Weg", eine Immobilie in Hilchenbach zu kaufen

Im Einzelnen:

I. Einbindung der Hilfsorganisationen durch die Landesregierung bei der Aufnahme von ukrainischer Flüchtlingen

Nach dem Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs der russischen Regierung gegen die Ukraine nimmt auch NRW viele Flüchtlinge aus der Ukraine auf. Zur Koordinierung dieser – nach dem Beginn der COVID-19-Pandemie und der Hochwasserkatastrophe – weiteren

Ausnahmelage verzichtete die Landesregierung nun unter Ministerpräsident Wüst erneut darauf, den Krisenstab des Landes einzuberufen. Stattdessen wurde im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration NRW von Minister Stamp ein "Stab 'Außergewöhnliches Ereignis Flucht Ukraine" eingerichtet. Stäbe für außergewöhnliche Ereignisse sind Gremien, die üblicherweise auf kommunaler Ebene bestehen. In Kreisen und beispielsweise der Bezirksregierung Düsseldorf¹ wurden wie vorgesehen Krisenstäbe eingerichtet.

Am 5. März sind Ministerpräsident Wüst und Innenminister Reul mit den anerkannten Hilfsorganisationen in NRW zu einer Beratung für einen "Überblick über die unsichere Lage in der Ukraine und der ukrainischen Grenzregion" zusammengekommen. Die Teilnehmenden seien übereingekommen, dass "die bestmögliche Koordinierung der Hilfe aktuell die Priorität" haben müsse.² Das Innenministerium kündigte zudem an, dass es eine Besondere Aufbauorganisation einrichte, "die einen geordneten und fortlaufenden Austausch zwischen der Landesregierung und den Hilfsorganisationen gewährleisten soll."³

Ich bitte die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht zur Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Warum wurde nach dem Beginn der COVID-19-Pandemie und der Hochwasserkatastrophe in einer weiteren Ausnahmelage erneut darauf verzichtet, den Krisenstab des Landes einzuberufen, um in NRW auf allen Ebenen des Landes (Landes-, Regierungsbezirks- und kommunaler Ebene) für eine geordnete Koordinierung der Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine zu sorgen?
- 2. Welche Aufgabe hat die Besonderen Aufbauorganisation im Innenministerium und wie fügt sie sich in die Bewältigung der aktuellen Lage durch die Landesregierung ein, vor allem neben dem im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration eingerichteten Stab "Außergewöhnliches Ereignis Flucht Ukraine"?
- 3. Seit wann und wie werden die anerkannten Hilfsorganisationen auf Landesebene seitens der Landesregierung in die Organisation von in NRW ankommenden Geflüchteten aus der Ukraine einbezogen?

II. Angekündigte Stärkung der Kriminalpolizei NRW

Zur Stärkung der Kriminalpolizei in NRW ließ Innenminister Reul eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des Landeskriminaldirektors einsetzen, um "zur Modernisierung der Kriminalpolizei in Nordrhein-Westfalen die aktuellen personellen, organisatorischen und technischen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für die Kriminalitätsbekämpfung in den Kreispolizeibehörden des Landes Nordrhein-Westfalen umfassend zu überprüfen, Entwicklungspotentiale zu identifizieren und wesentliche Schritte hin zu einer modernen, zukunftsfähigen Kriminalpolizei einzuleiten."⁴

¹ Pressemitteilung der Bezirksregierung Düsseldorf vom 10.03.2022, online: https://www.brd.nrw.de/presse/pressemitteilungen/bezirksregierung-duesseldorf-hat-ihren-krisenstab-aktiviert (18.03.2022).

² Pressemitteilung des Innenministeriums NRW vom 05.03.2022, online: https://www.im.nrw/ukraine-krieg-staatskanzlei-und-innenministerium-beraten-sich-mit-den-hilfsorganisationen-nordrhein (18.03.2022).

³ Pressemitteilung des Innenministeriums NRW vom 05.03.2022.

⁴ Bericht des Innenministers vom 26.10.2021 – Vorlage 17/5892 –, Seite 2, online: https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMV17-5892.pdf (18.03.2022).

Daneben hat der Innenminister die Polizeiabteilung des Innenministeriums im Oktober 2021 beauftragt, konkrete Lösungsvorschläge für die Umsetzung eines von CDU und FDP am Vortag im Plenum beschlossenen Antrags – Drucksache 17/15263 – zu unterbreiten.⁵

In der Sitzung des Innenausschusses vom 28. Oktober 2021 erklärte Innenminister Reul, dass die unter der Leitung des Landeskriminaldirektors eingesetzte Arbeitsgruppe bereits aktiv sei und vermutlich bald Ergebnisse vorlegen werde. Auch für die Umsetzung der Forderungen des Antrags von CDU- und FDP-Fraktion versicherte Innenminister Reul, dass konkrete Vorschläge noch rechtzeitig vorgelegt würden.⁶

Ich bitte den Innenminister um einen schriftlichen Bericht zum Zwischenstand der von ihm eingesetzten Arbeitsgruppe unter der Leitung des Landeskriminaldirektors und der Polizeiabteilung des Innenministeriums.

III. Aktuelle Entwicklungen im Corona-Protest-Spektrum

Aus dem letzten Bericht an den Innenausschuss zu diesem Thema geht hervor, dass eine aggressivere Diktion innerhalb des Corona-Protest-Spektrum festgestellt wird. Dies spiegelt sich in der Zunahme der Straftaten wieder. Die Anzahl der Körperverletzungsdelikte auf Versammlungen stieg von sechs auf 30 an, Widerstandshandlungen von 26 auf 57. Die Anzahl politisch motivierter Straftaten ist im Vergleich zum vorherigen Bericht von 1.409 auf 2.020 angestiegen (Vorlagen 17/6536 und 17/6376).

In der Sitzung des Innenausschusses vom 10. März 2022 sagte die Leiterin der Polizeiabteilung im Innenministerium, Frau Dr. Lesmeister, dass das Versammlungsgeschehen des Corona-Protest-Spektrums stagniere bzw. leicht abgenommen habe. Der Leiter des Verfassungsschutzes, Herr Kayser, erläuterte, dass in dem Spektrum Verschwörungsnarrative zum Krieg gegen die Ukraine und prorussische Aussagen verbreitet würden. Einer Analyse der Süddeutschen Zeitung vom 17. März 2022 zufolge scheint der Angriffskrieg gegen die Ukraine das Corona-Protest-Spektrum zu mobilisieren. Die Auswertung von ca. 750 Telegram-Gruppen und Kanälen zeige, dass der Krieg in der Ukraine die Pandemie als Thema abgelöst habe. Schon einige Tage vor dem Angriff Russlands auf die Ukraine soll das Thema dominant gewesen sein. Am Tag des Kriegsbeginns sollen Begriffe, die sich auf den Krieg beziehen zehnmal häufiger gepostet worden sein, als Begriffe über die Pandemie. Seither soll die Verwendung demagogischer sowie antisemitischer und rassistischer Begriffe angestiegen sein, besonders stark gestiegen seien Verschwörungsnarrative. Der Angriffskrieg werde als Inszenierung und Ablenkung gedeutet. Dabei sollen bekannte Verschwörungsnarrative wie die "neue Weltordnung", "Great Reset" oder "Deep State" auf den Krieg gegen die Ukraine bezogen, wobei die Ukraine als Teil geheimer westlicher Mächte und Vladimir Putin als heroischer Widerständler angesehen werde. Es werde auch das in der Pandemie oft genutzte Verschwörungsnarrativ von geheimen Laboren auf die Ukraine übertragen. Zudem finde eine Hierarchisierung von Geflüchteten statt, die zu weiteren Anfeindungen gegenüber Musliminnen und Muslimen sowie Schwarze Menschen führen könne. Hohe Mobilisierungskraft wird in den Folgen des Krieges, wie steigenden Kraftstoffpreisen, gesehen.

⁵ Bericht des Innenministers vom 26.10.2021 – Vorlage 17/5892 –, Seite 2.

Ich bitte um einen schriftlichen Bericht, der insbesondere auf folgende Fragen eingeht:

- 1. Wie haben sich die Versammlungen der "Corona-Leugner*innen" im Hinblick auf Anzahl der Versammlungen, Teilnehmendenzahlen, Straftaten, Verstöße gegen Auflagen und Infektionsschutzmaßnahmen sowie Beteiligung und Rolle von rechtextremen Akteur*innen entwickelt?
- 2. Wie viele politisch motivierte Straftaten im Zusammenhang mit Corona wurden seit 2020 registriert?
- 3. Wie viele hiervon richteten sich gegen Einzelpersonen oder Personengruppen? Welche Personengruppen sind besonders betroffen?
- 4. Welchen Phänomenbereichen wurden die Straftaten zugeordnet?
- 5. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zum Umgang mit dem Krieg gegen die Ukraine vor? Hat der Krieg die Pandemie als Thema abgelöst, wie es die Analyse der Süddeutschen Zeitung einschätzt?

IV. Salafismus in Nordrhein-Westfalen

Die salafistische Szene ist in NRW weiterhin aktiv. Nach den militärischen Niederlagen des IS rief er seine Anhänger*innen dazu auf, Anschläge in Europa zu verüben und nicht mehr in die Kriegsgebiete auszureisen. Das hat im Jahr 2016 zu einer Reihe von Anschlägen in Deutschland geführt, darunter der schreckliche Anschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz am 19. Dezember 2016. Die Niederlage des IS in Syrien und im Irak machte eine Anwerbung weiterer Personen kaum mehr möglich, zudem sind zentrale Akteure zurzeit in Haft, sodass die Aktivitäten in der Szene abnahmen bzw. weniger wahrnehmbar waren. Die Vernetzung der Szene wurde, insbesondere von Frauen, fortgesetzt. Der geplante Anschlag auf die Synagoge in Hagen vom September 2021 zeigt, dass eine Beobachtung der Szene weiterhin notwendig ist. Innenminister Reul hat in den letzten zwei Wochen zwei islamistische Organisationen verboten. Der am 10. März 2022 verbotene Moscheeverein "Islamischer Kulturverein Nuralislam e.V" wird von den Sicherheitsbehörden als dem IS nahestehend eingeordnet. In der Sitzung des Innenausschusses vom gleichen Tag sagte der Innenminister, dass über den Moscheeverein Personen für den IS angeworben wurden.

Vor diesem Hintergrund bitte ich um einen schriftlichen Bericht, der auf folgende Fragen eingeht:

- 1. Welche Organisationen in NRW werden aktuell der salafistischen Szene zugeordnet und welche Ziele verfolgen sie?
- 2. Wie viele Personen werden aktuell der salafistischen Szene in Nordrhein-Westfalen zugeordnet? Wie ist der Anteil an Konvertiten bzw. Konvertitinnen? (Bitte nach Geschlecht, Alter und Staatsangehörigkeit aufschlüsseln.)
- Wie viele Personen werden als gewaltbereit eingeschätzt bzw. als "Gefährder" und "relevante Personen" eingestuft? (Bitte nach Geschlecht, Alter und Staatsangehörigkeit aufschlüsseln.)
- 4. Wie viele "Gefährder" halten sich im Inland auf? Wie viele hiervon sind derzeit inhaftiert? (Bitte nach Geschlecht, Alter und Staatsangehörigkeit aufschlüsseln.)

- Wie viele Personen sind nach Syrien und Irak ausgereist? Wie viele sind zurückgekehrt? Wie viele Personen aus NRW befinden sich derzeit in Gefangenschaft im Irak bzw. Syrien? (Bitte nach Geschlecht, Alter und Staatsangehörigkeit aufschlüsseln.)
- 6. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zu Ausreisen bzw. Ausreiseversuchen nach Afghanistan vor?

V. Fortsetzung der Aktivitäten der verbotenen Reichsbürgervereinigung "Geeinte deutsche Völker und Stämme" in NRW?

Am 14. Februar 2020 wurde die Reichsbürgervereinigung "Geeinte deutsche Völker und Stämme" durch den damaligen Bundesinnenminister verboten. Der Verein war auch in NRW aktiv. Der Antwort auf eine Kleine Anfrage im Bundestag zufolge wurden seit der Verbotsverkündigung im Kriminalpolizeilichen Meldedienst Politisch motivierter Kriminalität 18 Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit Verstößen gegen das Vereinigungsverbot verzeichnet (BT-Drs. 20/941).

Auf dem Internetauftritt www.deutschenlande.de wird das Logo der verbotenen Vereinigung weiterhin genutzt. Im Impressum ist als Kontakt "Geeinte deutschen Völker und Stämme" mit einer Adresse in Berlin angegeben.⁷

Vor diesem Hintergrund bitte ich um einen schriftlichen Bericht zur mutmaßlichen Fortsetzung der Aktivitäten des verbotenen Vereins und zur Anzahl der entsprechenden Ermittlungsverfahren in Nordrhein-Westfalen.

VI. Versuch von "Der III. Weg", eine Immobilie in Hilchenbach zu kaufen

Medienberichten zufolge soll "Der III. Weg" versuchen, ein Haus in Hilchenbach zu kaufen, nachdem der Mietvertrag für das Parteibüro in Siegen gekündigt wurde. Die Stadt Hilchenbach soll von ihrem Vorkaufrecht Gebrauch machen wollen.⁸

Nachdem "Der III. Weg" in das Parteibüro in Siegen eingezogen war, hat er über Jahre mehrere Versammlungen in der Region durchgeführt, bei denen es auch zu Bedrohungen kam. Bürgerinnen und Bürger berichteten, dass die Mitglieder von "Der III. Weg" häufig bedrohlich auftreten und sie sich dadurch unsicher fühlen.

Ich bitte um einen schriftlichen Bericht zu folgenden Fragen:

- Welche Aktivitäten von "Der III. Weg" hat der Verfassungsschutz seit dem Einzug in das Parteibüro in Siegen registriert?
- 2. Wie viele Versammlungen und Veranstaltungen hat "Der III. Weg" in der Region durchgeführt?
- 3. Wie viele Strafteten durch Mitglieder von "Der III. Weg" hat die Landesregierung registriert?
- 4. Welche Bedeutung hat der Erwerb der Immobilie für "Der III. Weg"?

⁷ Zuletzt aufgerufen am 18. März 2022

⁸ https://www.wp.de/staedte/siegerland/hilchenbach-ukraine-fluechtlinge-statt-rechtsextreme-id234833029.html

5. In welcher Weise unterstützt die Landesregierung die Stadt Hilchenbach bei dem Vorhaben den Immobilienerwerb durch "Der III. Weg" zu verhindern? Werden Eigentümer von Immobilien in der Region über den Versuch des Immobilienerwerbs durch rechtsextremen Organisationen informiert?

Mit freundlichen Grüßen

Verena Schäffer MdL